

Synode hinter Dibelius

Entschließungen wurden einmütig angenommen

Berlin (Eigenmeldung). Die Tagung der Gesamtdeutschen Synode der EKD ist in großer Einmütigkeit beendet worden. Mit überwältigender Mehrheit stellte sich die Synode vor den Ratsvorsitzenden der EKD, Bischof D. Dr. Dibelius, und wies die Angriffe von östlicher Seite scharf zurück. Einmütig wurden auch Entschließungen zur Obrigkeitsfrage, zum Militärseelsorgevertrag und zur Atomfrage, die nach harten Debatten in den Ausschüssen erarbeitet worden waren, vom Plenum gebilligt. Das „geistliche Wort“ der Synode für Bischof Dibelius wurde in geheimer Abstimmung mit 97 gegen zwei Stimmen bei elf Enthaltungen angenommen.

Das „geistliche Wort“, das die Synode „angesichts des gegen den Vorsitzenden des Rates der EKD eingeleiteten Ermittlungsverfahrens“ annahm, hat folgenden Wortlaut:

„Unbeschadet der in ihr bestehenden Meinungsverschiedenheiten weist die Synode die fortgesetzten Angriffe einer politischen Propaganda zurück, durch die die Person des Bischofs und die Beweggründe seines Handelns verleumdet werden. Die Synode weiß sich Bischof Dibelius in der Gemeinschaft Jesu Christi verbunden. Sie vergißt ihm nicht, daß er ein Leben lang für das Evangelium eingetreten ist und unserer Kirche wie der Ökumene große Dienste geleistet hat. Die Synode verbindet das Gebet für unsere Kirche, für ihren Ratsvorsitzenden und für alle, die in kirchlicher Verantwortung stehen, mit dem Gebet um ein gutes Verhältnis zwischen Kirche und Staat.

Der Vorsitzende des Ausschusses, in dem die Erklärung verfaßt wurde, Professor Raiser (Tübingen), hob in seiner Erläuterung hervor, es solle die sachliche Auseinandersetzung und Kritik an der Dibeliuschrift zur Obrigkeit nicht verdeckt oder beiseite geschoben werden. „Wir würden die Vorstellungen von evangelischer Freiheit verleugnen, wenn wir dies tun wollen“, erklärte er.

Bundestagspräsident Dr. Gerstenmaier betonte, die Stellungnahme der Synode sei keine politische Erklärung, sondern eine Bemühung der Kirche, in dieser Stunde etwas zu sagen, worin die Autorität der Kirche vertreten werde. Die Erklärung sei ferner kein Vertrauensvotum, da die Kirche nicht die Möglichkeit habe, „Entmächtigungen oder Bestätigungen“ einer hervorragenden Persönlichkeit der Kirche vorzunehmen. Die Synode danke jedoch nicht daran, den Bischof Verleumdungen und Verdrehungen preiszugeben. Es gehe in diesem Fall auch um die Bewahrung und innere Geschlossenheit der Kirche.

Die Synodalen nahmen das „geistliche Wort“ und die Erläuterungen von Gerstenmaier und Raiser in atemloser Stille entgegen.

Zur Obrigkeitsfrage

wurde die theologische Erklärung von 1956 aufgenommen, worin es heißt: „Das Evangelium rückt uns den Staat unter die gnädige Anordnung Gottes, die wir in Geltung wissen unabhängig vom Zustandekommen der staatlichen Gewalt oder ihrer politischen Gestalt. Das Evangelium befreit uns dazu, im Glauben nein zu sagen zu jedem Totalitätsanspruch menschlicher Macht, für die von ihr Entrechteten und Versuchten

einzutreten und lieber zu leiden als gottwidrigen Gesetzen und Anordnungen zu gehorchen.“ Dazu betont die Synode, daß sie in dieser Erklärung nach wie vor eine schriftgemäße Antwort auf die Frage nach der Stellung des Christen zu seinem Staat sehe. Die Synode rufe die Gemeinden auf, dem Staat zu geben, was des Staates ist, Gott aber, was Gottes ist. Ferner wird der Rat aufgefordert, einen Ausschuß mit der Fortführung der begonnenen Arbeiten zur Obrigkeitsfrage besonders in der verschiedenartigen Lage der beiden Teile Deutschlands zu betrauen, wobei auch die von Bischof Dibelius aufgeworfenen Fragen geklärt werden sollen.

Gegen die Teilung

Auch zu diesem Antrag, der ohne Debatte das Plenum passierte, hatten im Ausschuß lebhaftere Auseinandersetzungen stattgefunden.

Im Blick auf die bevorstehenden internationalen Konferenzen drückte die Synode in einer weiteren Entschließung die Hoffnung auf eine allgemeine Entspannung und Abrüstung aus, anderenfalls an Elbe und Werra deutsche Soldaten mit Atomwaffen ausgerüstet sich feindselig gegenüberstehen würden. Die Verantwortlichen werden beschworen, diese Entwicklung zu verhindern und der Teilung des deutschen Volkes ein Ende zu machen.

Ferner bestätigte die Synode die Entlassung der östlichen Gliedkirchen aus der Verantwortung für den Militärseelsorgevertrag und machte sich die Erklärung der Berlin-brandenburgischen Synode vom Januar vom Antisemitismus zu eigen. Die tiefliegenden Ursachen dieser Vorgänge sollten in der Kirche gründlich untersucht werden.

Die Einheit bewahren

DT. Wer liest, was die katholischen Bischöfe der Zone in ihrem Fastenhirtenbrief zu sagen haben, und wer verfolgt hat, wie eine Woche lang die Synode der evangelischen Kirche um das Wort an die Gemeinden in der Zone gerungen hat, könnte meinen, es sei jeweils ein anderer Staat, den die beiden Kirchen angesprochen haben. Im Fastenhirtenbrief werden die Katholiken zu einem kompromißlosen Widerstand aufgerufen gegen alles, was die „sozialistische Umwelt“, in der sie leben, von ihnen an Beugung des Gewissens verlangen sollte. In den Empfehlungen, zu denen die gesamtdeutsche Synode bei ihren Beratungen gekommen ist, herrscht ein vorsichtigerer Duktus. Freilich, die katholischen Bischöfe sprechen nicht vom Staat, der die Kirche bedrängt. Sie nennen das „eine sozialistische Umwelt“. Ob die katholische Kirche damit dem Problem entgeht, über das Ja oder Nein zu dem eine solche „sozialistische Umwelt“ herstellenden Staat nachzudenken, bleibt eine andere Frage. Die evangelische Kirche hat sich dagegen schon seit geraumer Zeit mitten in die Unruhe gestürzt, darüber nachzudenken, ob dieses so-wjetzonale Gebilde in kirchlich-theologischem Sinne ein Staat sei und wie man ihm also zu begegnen habe. Der katholischen Kirche sind, obwohl sie sich auf diese diakonische Ebene erst gar nicht begeben hat, dennoch die Konflikte mit dem Zonenregime nicht erspart geblieben. Aber sie kann ihnen relativ gewappnet begegnen, weil sie von vornherein mit überstaatlichem Anspruch handelt. In ihren Äußerungen gegenüber dem Zonenregime fällt nicht das Wort Staat, ebenso wie den Gläubigen gegenüber nicht von einem Staat gesprochen wird.

★

Hätte sich die evangelische Kirche die aufwühlenden Erschütterungen in ihren eigenen Reihen ersparen können, wenn sie wie die katholische Kirche

verfahren wäre? Solche Frage kommt heute natürlich um Jahre zu spät. Denn das Regime, in dem Millionen evangelischer Deutscher leben, hat der evangelischen Kirche schon vor Jahren eine Formulierung des Verhältnisses abgenötigt. In der katholischen Theologie und noch weniger in der katholischen Öffentlichkeit ist niemals der Zonenstaat als ein erörterungswürdiges Thema aufgetaucht. Jedenfalls nicht in solchem Grade, daß die östlichen Propagandisten sie hätten aufgreifen und von ihr eine Erklärung verlangen können. Die Gewissensnot der Protestanten jedoch forderte frühzeitig ein öffentliches Diskutieren, welches Verhalten das Leben in den Formen des angemaßten Staates für den Christen nahelegt. „Sozialistische Umwelt“, sagt die katholische Kirche und schafft damit die Gelegenheit, das Leben als Christ um so härter und kompromißloser dagegenzusetzen und von dem einzelnen zu fordern. In der evangelischen Auseinandersetzung aber muß mit jedem Wort darauf Bedacht genommen werden, daß nicht die Aufforderung zur Christlichkeit schon als ein Angriff auf den kommunistischen Staat erscheint.

Die gesamtkirchliche Synode hatte, dank der so andersartigen Struktur und Entwicklung der Kirchen, mit allem, was sie beriet, das Damoklesschwert eines Staates über sich, der keiner ist. Dieser Pseudo-Staat griff aber in Gestalt des Oberstaatsanwaltes aus Ostberlin selbst in ihre Beratungen ein. Wenn er den Bischof Dibelius wegen seiner Obrigkeitsschrift in Anklagezustand versetzen will, so ist ihm das natürlich nur ein Vorwand.

★

Das Regime in Mitteldeutschland will die Kirche unter Druck setzen. Es will von ihr die Anerkennung. Das vom Osten geforderte Verdikt gegen Dibelius' harte These, die den totalitären Staat von heute und ganz vornemlich den der Zone als nicht respektabel erklärte, ist nicht gelungen. Aber ebensowenig konnte Dibelius eine Sammlung der Ost- und West-Synodalen unter seine apodiktische Parole erreichen. Sicher

werden die Zonenmachthaber das Zurückgehen auf die „theologische Erklärung“ von 1956 als einen Erfolg werten. In dieser nun neu bestätigten Erklärung heißt es ja: „Das Evangelium rückt uns den Staat unter die gnädige Anordnung Gottes, die wir in Geltung wissen, unabhängig vom Zustandekommen der staatlichen Gewalt oder ihrer politischen Gestalt.“ Freilich scheint die Fortsetzung dieser Erklärung doch ähnlich der katholischen Aufforderung, die Gewissen der einzelnen zum Denken und Handeln aufzufordern. Sie besagt ja: „Das Evangelium befreit uns dazu, nein zu sagen zu jedem totalitären Anspruch menschlicher Macht, für die von ihr Entrechteten einzutreten und lieber zu leiden, als gottwidrigen Gesetzen und Anordnungen zu gehorchen.“ Sosehr die Meinungen zerrissen scheinen — der von Dibelius in die Diskussion gestellte Angriff auf das Römerwort, das gegen die Gleichung Staat gleich Staat anrennt, wird in der evangelischen Kirche weiterhin so lange diskutiert werden, wie diese um die gesamtdeutsche Einheit ringende Kirche in einem usurpierten Staate leben muß und leben will.

★

Manch einer glaubt, die kommunistischen Behörden hätten den Staatsanwalt auf Dibelius gehetzt, um das Votum der Kirche für ihn zu provozieren. Sie brauchten den provokanten Mann als obersten Mann der Kirche, um die Zielscheibe für ihre Angriffe zu behalten. Mag diese Deutung dialektisch — also nach unserem Denken absurd — sein; die Absicht der Ostbehörden zielt klar darauf hin, die Einheit der Kirche über die Grenze hinweg zu zerstören. Man darf nicht meinen, daß die evangelische Kirche selbst solchen Tendenzen Vor-schub leistet, wenn sie, wie eben, bestimmte seelsorgerische und theologische Probleme — wie die Militärsorge und die Obrigkeitsfrage — gewissermaßen in zwei Fassungen, in einer westlichen und einer östlichen, bedenkt. Die evangelische Kirche muß aus der Zeit heraus wachsende praktische Fragen auch in aller Öffentlichkeit

Fortsetzung auf Seite 3

Christ in atheistischer Umwelt

Fastenhirtenbrief der katholischen Bischöfe in der Sowjetzone

DT. Berlin (Eigenbericht). „Der Christ in atheistischer Umwelt“, unter diesem Thema steht der Fasten-Hirtenbrief der katholischen Bischöfe und bischöflichen Kommissare der Sowjetzone, der am 21. Februar von allen Kanzeln der katholischen Kirchen Mitteldeutschlands verlesen wurde. „Die schwerste Belastung des gläubigen Christen“, so heißt es in dem Brief, „besteht darin, daß der Sozialismus eine weltanschauliche Grundlage hat, die mit dem christlichen Glauben nicht vereinbar ist, nämlich dem dialektischen Materialismus.“ Dieser lehne jegliche Religion grundsätzlich ab. Gerade in jüngster Zeit werde in der Sowjetzone mit wachsendem Druck darauf hingearbeitet, daß der dialektische Materialismus das gesamte Leben der Gesellschaft und auch des einzelnen durchdringen müsse.

Die Bischöfe weisen dann auf die schweren Gewissensnöte und Schwierigkeiten hin, die jedem einzelnen täglich aus dieser Forderung erwachsen. Sie fragen, ob die Gläubigen schweigen könnten, wenn die Kirche und der christliche Glauben in Schule, Betrieb und Versammlungen verleumdet werden; ob die Eltern zusehen dürften, wenn ihre Kinder um des Glaubens willen in der Schule zurückgesetzt und verspottet würden. Sie heben weiter die sozialistische Jugendweihe, die atheistische Propaganda und die Tätigkeit von politischen Gruppen hervor, die sich „christlich“ nennen, die Gläubigen jedoch gegen die Hirten der Kirche beeinflussen. Der Christ stehe vor der entscheidungsvollen Frage, ob er in dieser Umwelt überhaupt noch Wirkungsmöglichkeiten habe.

Ohne Heucheln

„Die Kirche kann Euch nicht sagen“, so heißt es in dem Brief weiter, „wie Ihr ohne Schwierigkeiten und Nachteile durchkommt; sie zeigt Euch aber, wie Ihr mit gutem Gewissen und ungeheucheltem Glauben Euren Weg zur ewigen

Herrlichkeit gehen könnt.“ Die Bischöfe fordern von den Gläubigen ein klares Bekenntnis zu Christus und seiner Kirche. Oft sei es das beste, gleich eindeutig zu sagen: „Ich bin katholisch, ich kann das nicht tun.“ Diesem klaren Ja zu Christus entspreche ein klares Nein zum Materialismus. Kein katholischer Christ könne die sozialistische Namensgebung, Jugendweihe, Trauung, Beredigung oder ähnliche antikirchliche Vorgänge vollziehen, ohne seinen Glauben zu verleugnen. „Zwischen dem Glauben an Gott und dem Bekenntnis zur Gottlosigkeit gibt es keinen Kompromiß.“ Die Oberhirten raten den Gläubigen, auch alle Versprechungen dieser Art in der Schule oder im Betrieb zu verweigern, ja, unter Umständen lieber auf den Beruf zu verzichten, wenn er nur durch Aufgabe oder Beeinträchtigung der christlichen Lebenshaltung möglich sei.

Familie — Hort der Menschlichkeit

Die Familie sei als Hort der Menschlichkeit und des Glaubens heute mehr denn je das Bollwerk gegen Vermassung und „Gottlosigkeit“. Das neue Schulgesetz bedrohe die Kinder noch mehr als bisher mit einer Gottlosenschule. Die Bischöfe halten es deshalb für ihre Pflicht, im Namen der Familie gegen dieses Gesetz Einspruch zu erheben. Sie rufen die Familien auf, sich nicht auseinanderreißen zu lassen. Die Eltern seien die erstverantwortlichen,

unersetzlichen Seelsorger und Religionslehrer.

Schließlich fordern die Bischöfe die Gläubigen zur Nächstenliebe auf. Sie weisen darauf hin, daß der Christ für seine Brüder arbeite. Arbeit sei zugleich Dienst am Mitmenschen. Die Fron der Arbeit, die manchmal so drückend sein könne, werde dem Christen tragbar durch die Verbindung mit dem gekreuzigten Herrn. Arbeit sei für ihn daher heiliger Opferdienst für seine Arbeitskameraden.

Wieder Fastenopfer

Die katholischen Bischöfe der Bundesrepublik und Westberlins haben in allen Kirchen zur „Fastenaktion 1960“ aufgerufen. Die Katholiken sollen in diesen Wochen der kommenden Fastenzeit so viel für den Kampf gegen Hunger und Krankheit in der ganzen Welt sparen, daß sie am Passionssonntag eine Gabe vor den Altar niederlegen könnten, die ein „wirklich spürbares Opfer“ bedeute. Die Bischöfe weisen darauf hin, daß die Bevölkerung der Erde schneller als die Lebensmittelerzeugung wachse und die unterentwickelten Länder unserer Starthilfe bedürften. Die gleiche Sammlung des vergangenen Jahres habe den unerwartet hohen Betrag von 35 Millionen Mark erbracht. Die jetzt vorliegenden Bittgesuche machten jedoch bereits 100 Millionen Mark notwendig. Die Bischöfe hoffen, daß der diesjährige Aufruf eine noch größere Wirkung als der des Jahres 1959 haben werde.

Die Einheit bewahren

Fortsetzung von Seite 2

keit zu lösen versuchen. Für ihren Zusammenhalt über die willkürliche Grenze hinweg aber wird sie das Zweckvollste tun, wenn sie auf die Bewahrung der grundsätzlichen christlichen Aufgabe bedacht ist. Sie kommt nicht umhin, kämpfende Kirche zu sein, wie die katholische Kirche es auch ist. Die wieder

in die Zone zurückgehenden Mitglieder der Synode werden jetzt davon überzeugt sein, daß man in Mitteldeutschland weniger gegen etwas als für etwas zu kämpfen hat. Ob die Kirche wirklich bis zum Tage der Wiedervereinigung das wichtigste Band der deutschen Einheit bleibt, hängt von dieser Art des Kampfes wesentlich ab.

Zwickau

DT. In beiden Teilen Deutschlands wehten die Fahnen auf halbmast, 49 Bergleute wurden in Zwickau zur Ruhe gebettet. Weitere 74 sind noch immer eingeschlossen. Sie zu retten, besteht kaum noch Hoffnung. Die Schlagwetter-Explosion und der nachfolgende Grubenbrand in der Zeche „Karl Marx“ gehören in die unheimliche Serie der großen Bergwerkskatastrophen, die die Welt in fast regelmäßigen Abständen heimsuchen. Erst vor wenigen Wochen nahm die Öffentlichkeit die erschütternde Nachricht zur Kenntnis, daß in Südafrika 435 Bergleute zu Tode gekommen waren. In den vorangegangenen Jahren forderten ähnliche Katastrophen in Japan, Schottland, Polen, Kanada, Indien und den USA Hunderte von Opfern. Das schwerste Bergwerksglück in Europa traf Belgien im August 1956, als 262 Bergleute in Marcinelle einen furchtbaren Tod in den Flammen fanden. Kaum ein Kohlenrevier der Welt blieb bisher von dem harten Würgegriff des Todes verschont.

Die Frage nach den Ursachen und den Verantwortlichen der Zwickauer Katastrophe sei heute angesichts des übergroßen Leids der betroffenen Familien und der tiefen Trauer in beiden Teilen Deutschlands nicht gestellt. Die Befürchtung, daß die Schuld nicht in menschlichem Versagen, sondern in einem Arbeitssystem zu suchen sei, das den Menschen bei der Planerfüllung hintansetzt, ist keineswegs unbegründet. Mit Abscheu haben wir die Frage des Ministerpräsidenten Grotewohl an den Krankenbetten der verletzten Bergleute zur Kenntnis genommen, ob es richtig gewesen sei, „jene Anerbieten des Westens abzulehnen, der aus Mitleid ebenfalls Rettungsgeräte zur Verfügung stellen wollte“. Grotewohls Frage und die von der sowjetzonalen Nachrichten-Agentur verbreitete, angeblich einhellige Antwort aus dem Munde der verletzten Kumpel richten sich in ihrer Geschamlosigkeit selbst. Die westdeutsche Hauptstelle für das Gruben-

rettungswesen in Essen hatte ihre Hilfe ohne politische Hintergedanken angeboten, wie es die Solidarität unter Bergleuten in aller Welt erheischt.

Sollte es denn überhaupt nicht mehr möglich sein, die gleiche Sprache zu sprechen, nicht einmal an den Särgen von 49 deutschen Bergleuten? Der ermüdende Streit um den richti-

gen Weg, den Menschen auf dieser Erde mit diesem oder jenem politischen System glücklich zu machen, schrumpft im Angesicht des Todes zur totalen Bedeutungslosigkeit zusammen. Ein solcher Tag sollte unser aller Gedanken nach Zwickau lenken, wo Menschen, die zu uns gehören, um den Vater, den Bruder oder den Sohn weinen.

Mit „Silbermöwe“ zum Weltkongreß

Abgeordneter organisiert private Luftbrücke

St. München (Eigenbericht)

Mit dem Hut in der Hand und einem Stoß Bildmaterial im Koffer pilgert der bayerische CSU-Abgeordnete und Regierungsrat im Kultusministerium, Dr. Hans Merkt, seit Wochen von einer Pfarrgemeinde zur anderen und verkauft „Silbermöwen“. Den gesammelten Inhalt des Hutes, meist einige hundert Mark, leert er jeweils dem Pfarrer auf den Tisch, als Grundstock zur Bezahlung der Flugkarte für einen Bischof oder minderen Würdenträger, der im August von Australien, Südamerika, Grönland oder einer anderen Außenstation der römisch-katholischen Kirche zum Eucharistischen Weltkongreß nach München geflogen werden soll.

Die Dias und Schmalfilme, die den Gemeindegliedern vorgeführt werden, sind eigene Aufnahmen des Parlamentariers von den beiden vorletzten Welttreffen der katholischen Christenheit. Als Student war der heute 44jährige Hans Merkt 1938 unter den kaum hundert Gläubigen aus Deutschland, die sich trotz eines Verbots der Hitler-Regierung zur großen Eucharistie-Feier nach Budapest durchschlagen konnten. Zwar schnappte die Gestapo seine Filme, aber Merkt hatte rechtzeitig eine Kopie abgezogen und gut versteckt.

Kommunisten oder Kommunion?

1952 war der damalige Pressereferent des Kultusministeriums als Berichterstatter, wieder mit Kamera und Bibel bewaffnet, beim Eucharistischen Kongreß in Barcelona. Damals beeindruckte ihn vor allem ein Wort des New-Yorker Kardinals

Spellman: Von den Bischöfen, Priestern, Schwestern und Laienaposteln draußen in den Missionen werde es abhängen, wer in den nächsten Jahren endgültig die Seele der erwachenden Völker gewinne — die Kommunion oder die Kommunisten.

Als der Papst nun die bayerische Hauptstadt zum Ort des Eucharistischen Weltkongresses 1960 bestimmte, da nahm sich der Allgäuer Volksvertreter vor, möglichst vielen dieser Missionsgeistlichen die weite Anreise zu ermöglichen. Schon lange vor Weihnachten begann er zu werben, indem er in Pfarrversammlungen, mit Hilfe seiner Bilder, von der Großartigkeit einer „Statio orbis“ schwärmte. Dieses Zusammenfinden des Erdkreises, wie es auf den Eucharistischen Kongressen manifestiert wird, lasse sich aber nur erreichen, wenn auch Angehörige der fernen Diaspora teilnahmen, katholische Aktivisten anderer Hautfarbe, die meist nicht die Mittel für lange Reisen haben.

150 sollen es werden

Im Zugspitz-Dorf Partenkirchen hatte Merkt den ersten Erfolg. Spontan erklärte sich die Gemeinde bereit, den rot-häutigen Kapuzinerpater Severino Alcaman aus Südkhile, von dem ihnen der Abgeordnete erzählte, nach München zu holen.

Bisher sind über 50 „Silbermöwen“ bis auf den letzten Pfennig bezahlt und weitere 33 bestellt. Mindestens 150 fliegende Missionsleute hofft er insgesamt „verkaufen“ zu können. Natürlich kann sich jede Gemeinde selbst aussuchen, welche „Silbermöwe“ sie finanziell betreuen will.

Ganz Deutschland trauert

Bundesrepublik bekundet Teilnahme mit Zwickau

Berlin (ap/dpa). Ganz Deutschland trauert um die Opfer der schweren Bergwerkskatastrophe in Zwickau. In der Bundesrepublik, in der Sowjetzone und in Berlin wehten von den öffentlichen Gebäuden die Fahnen auf halbmast. Auch alle Zechen des Ruhrgebiets hatten für ihre Kameraden in der Sowjetzone halbmast geflaggt.

Bundespräsident Lübke hat in einer öffentlichen Beileidskundgebung sein Mitgefühl ausgesprochen. Der Vorsitzende des Deutschen Gewerkschaftsbundes, Willi Richter, sprach in einer Rundfunkrede den Angehörigen der Opfer der Katastrophe im Namen der deutschen Arbeitnehmer seine Teilnahme aus. „Wir werden an diesem Trauertag der gesamten deutschen Arbeitnehmerschaft bei unseren Schwestern und Brüdern jenseits der Zonen-grenze weilen“, sagte Richter.

In Zwickau erwiesen Zehntausende in einer langen Trauerdemonstration den toten Kumpeln einen letzten Gruß. Zonen-Ministerpräsident Grotewohl erklärte in einem Trauerakt, man stehe vor einem Rätsel, wie das Unglück geschehen konnte. Er widersprach der Auffassung, daß die Katastrophe durch den Antrieb zu höherer Arbeitsleistung entstanden

sein könne. Die Leistung der Kumpel in der Zone sei nicht das Ergebnis von Druck und Zwang, sondern von „freiwilliger Entscheidung“.

Grotewohl würdigte mit keinem Wort die tiefe Anteilnahme der Bundesrepublik an dem Unglück in Zwickau. Auch in der Berichterstattung der Zonen-agentur adn wurde verschwiegen, daß in der Bundesrepublik und in Westberlin als Zeichen der Trauer die Fahnen halbmast wehten. Groß herausgestellt wurden dagegen Beileidsbezeugungen aus den Ostblock-Staaten und kommunistischen Organisationen in westlichen Ländern.

Lemma: Trauer eint

Bundesminister Lemma hob in seiner Rundfunksprache hervor, in diesen Tagen sei manchem wieder bewußt geworden, daß das ganze deutsche Volk zusammengehöre. Es

trauerten nicht nur die Mitteldeutschen, sondern alle Deutschen in West und Ost um die Verunglückten. „Wem die Einheit unseres Volkes im Laufe der Jahre zu einer bloßen Formel zu werden drohte, der hat sie in der gemeinsamen Trauer um die Toten unmittelbar erfahren können.“

Auch der Vizepräsident des Bundestages, Carlo Schmid, und der nordrhein-westfälische Ministerpräsident Meyers gedachten in Rundfunksprachen der Opfer von Zwickau.

Selbstbestimmung stärker geltend machen

Bonn (Eigenmeldung). „Das deutsche Volk wird jede internationale Verständigung begrüßen und unterstützen, wenn es selbst in Einheit und Freiheit über seine staatliche und gesellschaftliche Ordnung bestimmen kann.“ Dies stellte der Hauptvorstand der Exil-CDU auf einer Sitzung in Königswinter fest. Von deutscher Seite müsse noch stärker als bisher das Recht der Deutschen auf Selbstbestimmung geltend gemacht werden. Wenn die Sowjetregierung die Wiedervereinigung immer wieder als Sache der Deutschen bezeichne, dann müsse den Deutschen das Recht auf Selbstbestimmung gegeben werden. Die sowjetische Politik bleibe ungläubwürdig, solange sie überall in der Welt mit dem Selbstbestimmungsrecht Propaganda mache, es dem deutschen Volke aber verweigere.

„Rote Hand“ an Bundesanwalt

Oberstaatsanwalt sandte die Akten nach Karlsruhe

Frankfurt (upi). Die Ermittlungen gegen die französische Terroristen-Organisation „Rote Hand“ werden künftig möglicherweise zentral von der Generalbundesanwaltschaft geführt werden, die sich bereits Ende vorigen Jahres in den Fall eingeschaltet hatte. Wie der Frankfurter Oberstaatsanwalt Wolf mitteilte, hat er der Generalbundesanwaltschaft die Akten über zwei in Frankfurt verübte Attentate zugesandt. Karlsruhe soll prüfen, ob es den Fall in seine Zuständigkeit übernehme.

Es handelt sich um die Akten über die Attentate auf den 44jährigen Waffenhändler Georg Puchert und den Algerier Abd el Kader Nouasri. Puchert war am 3. März 1959 beim Anlassen seines Wagens von einem unter dem Fahrersitz montierten Sprengkörper zerrissen worden.

Nouasri wurden am letzten Tag des Jahres 1959 beide Hände abgerissen, als in seinem Frankfurter Hotelzimmer ein an ihn gerichtetes Paket beim Öffnen explodierte. Beide Attentate wurden der „Roten Hand“ zugeschrieben.

Die Generalbundesanwaltschaft hatte bereits im November vorigen Jahres Ermittlungen gegen die „Rote Hand“ aufgenommen. Sie ermittelte nach Angaben eines Sprechers des Bundesjustizministeriums jedoch nicht wegen der insgesamt vier vollendeten und drei versuchten Morde, die vermutlich von der Organisation verübt wurden, sondern wegen Verstoßes gegen Artikel 128 und 129 des Strafgesetzbuches (Geheimbündelei). Die Verfolgung der Mordtaten lag in der Zuständigkeit der jeweiligen Staatsanwaltschaften.

„Meldung so blöde . . .“

Bern (dpa). Die Schweizer Regierung hat den sowjetzonalen Berichten über angebliche Stützpunktpläne der Bundeswehr in der Schweiz nur wenig Beachtung geschenkt. Die SED-Parteizeitung „Neues Deutschland“ hat über eine angeblich schweizerisch-deutsche Vereinbarung zur Errichtung von deutschen Stützpunkten in der Schweiz berichtet, von denen aus gegebenenfalls ein „Blitzkrieg“ gegen den Osten ausgelöst werden solle. Ein Regierungssprecher erklärte zu diesem Bericht: „Ich kann nur eines dazu sagen: Diese Meldung ist so blöde, daß sie es wirklich nicht verdient, dementiert zu werden.“

Blitzbesuch bei Blitzkriegern

Unser W.-P.-Mitarbeiter berichtet aus dem Bonner „Hauptquartier“

DT. Bei den Blitzkriegern in Bonn sind wir gewesen, im faschistischen Hauptquartier am Rhein, unter den Atomstrategen, den Lieblingskindern der Rundfunkschreiber und Zeitungsentwerfer im Ostsektor Berlins und in der sowjetischen Zone. Wir hielten es in unserem Grunewald nicht mehr aus, so heftig hatte uns der rheinische Bankiersohn Eduard v. Schnitzler am Mikrophon und vor der Fernsehkamera in Adlershof animiert, einmal mitten unter seinen Revanchisten zu sein, die demnächst nach der Ostpresse lieber heute als morgen — antreten werden zum Weltkrieg Nummer III.

Wir nahmen das Morgenflugzeug nach Wahn, die Beamtenkutsche, in der die Ministerialen mit ihren Aktentaschen sitzen, die Ostberliner Verbindungsleute zum Blitzkriegmaterial in Bonn, die lieben guten Deutschen Anno 1960 beider Seiten. Die Maschine machte nur einen etwas über einstündigen Hupser, dann strömte der Rhein dahin und aus dem Morgennebel hob sich das Bonner Münster. Neun Uhr zogen wir mit den Bundesbeamten in die Ministerien ein, Bonn ist, verkehrstechnisch gesehen, ein Vorort Berlins wie früher Zehlendorf, wo die Reichsbeamten wohnten. Nur umgedreht sind die Verhältnisse, man fliegt aus Berlin zum Dienst nach Bonn.

Ohne Kontrolle

Niemand kontrollierte auf dem Flughafen, man konnte ins Hauptquartier eindringen, ohne den Paß vorzuzeigen. Vorfrühling war aufgekommen über dem Rheintal, die Bauern pflüchten, die Fabriken standen mit glasklaren Konturen über den Äckern. Düsenjäger fauchten über den Strom, Hubschrauber hoppelten, auf dem Wahner Fliegerhorst wurde Appell abgehalten. Aber keine Panzer in den Gassen Bonns, kein geheimer Aufmarsch der Divisionen rings um das Bundeshaus. Auf dem Markt vor dem bunten Rathaus, das wie ein Tanzmariechen geputzt ist, kauften die Diplomatenfrauen ein, begleitet von ihren Kindern, Söhne und Töchter - Afrikas, Asiens, Südamerikas. Legten sie sich Vorräte an? Apfelsinen und Grünkohl — damit kommt man nicht weit. Wir wissen es.

Warum sollten wir nicht einige Ministerien aufsuchen?

Eins fanden wir, das Gesamtdeutsche, abseits gelegen: neuer Bau, drei Jahre alt. Stille in den Korridoren, im Fahrstuhl darf nicht geraucht werden — transportiert man dort die Bomben? Spionageministerium nennen sie es in Ostberlin: kein stummer Begleiter zum Dienstzimmer des Herrn, den wir besuchten. Man mußte nur seinen Namen nennen, dann konnte man ins Haus. Folgten uns Agenten? Wurden wir zu Agenten, weil wir hier herum liefen? Die Sonne schien warm auf die Sessel in den Korridoren, ein Registraturbeamter schob den Aktenkarren. Wir fragten den Herrn hinter dem Schreibtisch (winzige Zimmer, hier wird nicht repräsentiert), ob er etwas von Blitzkrieg wußte, aber er wußte davon auch nur aus den Ostberliner Zeitungen und das reichte nicht aus. Da wir uns nicht lächerlich machen wollten, blieben wir ironisch, aber das langweilte bald, also verabschiedeten wir uns wieder.

Die Bundeswehr interessierte uns mehr. Ein Major wurde gerufen, aber er war erst abends frei, wahrscheinlich wußte er etwas über die Mobilmachung? Arbeitete er noch daran? Schickte er noch seine Truppen ins Aufmarschgebiet?

Speidel am Nebentisch

Wir unterhielten uns inzwischen mit einem Verleger, den wir auf der Straße trafen — Koblenzer Straße, natürlich, dort läuft alles herum, wenn es nicht fährt. Mittagessen im Königshof, teuer und direkt am Rhein. Glasfront zum Strom, der nie abreißende Schiffsverkehr mit den vielen Flaggen vor der theatralischen Kulisse

des Siebengebirges. Wer saß am Nebentisch? General Spidel. Das Steak schmeckte ihm, obwohl er aus Paris kam. Offiziere kamen, aber hier wurde nicht zackig gegrüßt. Man verbeugt sich leicht, die Suppe ist dabei hinderlich, man will sich nicht bekleckern.

Bomben im Schrank?

Nun kommt auch schon der Bundeswehrmajor, in Zivil, alter Soldat, vom Blitzkrieg weiß er nichts. Muß dies und das organisieren, aber Herrn von Schnitzler kennt er nicht, er will ihn auch nicht in Ostberlin ausräuchern. Aber die Bomben? Wo stecken sie? Hat er einige Atombomben im Schrank? Geheimsachen mehr als genug, aber was bedeutet schon „Geheim“? Als wir ihm sagten, Ulbricht hätte alle geheimen Aufmarschpläne schon längst, grinst er. Wer denn Ulbricht sei? Nun ja, der Walter Ulbricht, der oberste Kriegsherr in Ostberlin. Es tat ihm leid, daß der oberste Kriegsherr schon alles wußte: im Faching ist man sehr offenerzig. Vielleicht sind einige Tanzoffiziere und Funkenmariechen bei Ulbricht angestellt, Spione gibt es ja genug in der provisorischen Bundeshauptstadt, ein hartes Brot, aber mit ein bißchen Phantasia ...

Fehlzanzeige

Und jetzt fällt uns ein, daß die Herren in Ostberlin, die den Blitzkrieg erwarten, vielleicht 1939 noch leben: daß sie jetzt nachholen möchten, was sie damals versäumten? Die Propaganda? Die üble Hetze? Ihnen fiel nichts anderes mehr ein, deshalb erfanden sie den Blitzkrieg und nun wissen sie nicht, wie sie ihn wieder loswerden sollen. Kriegsherr Ulbricht fuhr ja in Urlaub, nach Oberhof wohl, zum Skifahren, das liegt an der Demarkationslinie — ist es nicht ein bißchen gefährlich für den Generalfeldmarschall der SED-Truppen?

Die Blitzkriegler sind Fehlzanzeige. Bonn schläft auf dem Ruhekitzen des guten Gewissens.

Amerika fragt: Wer ist stärker?

Militärpolitische Auseinandersetzung in USA — Auch Generale nicht einig

St. New York (Eigenbericht). Die explosiven Zornausbrüche, mit denen Präsident Eisenhower auf jede Kritik am amerikanischen Verteidigungsprogramm und den Verdacht reagiert, Amerika könnte militärisch gegenüber der Sowjetunion bedenklich in Rückstand geraten sein, gehören heute bereits zum amerikanischen Alltag. Aber während vor sechs oder sieben Jahren ein Zornausbruch des Präsidenten noch jede Kritik im Keime erstickt hätte, ist das heute nicht mehr der Fall: kaum für eine Stunde schweigt die Kritik nach jedem solchen Ausbruch, dann lebt sie wieder auf, als sei nichts passiert.

Die Generale im Pentagon rebellieren gegen die Regierung, die ihrer Ansicht nach die Landesverteidigung aus engherzigen Sparsamkeitsgründen vernachlässigt; die demokratischen Senatoren Symington und Jackson, die das gleiche mit zunehmender Besorgnis seit Jahren behaupten, haben Verstärkung von anderen Seiten erhalten, auch aus republikanischen Kreisen; und führende Journalisten, wie Walter Lippmann und Joseph Aslop, suchen die Öffentlichkeit aus ihrer Lethargie aufzurütteln, die politischen Kreise zu mobilisieren und die Regierung zu einer Überprüfung ihrer Politik zu bewegen. Die Debatte über den Stand der amerikanischen Landesverteidigung, die seit dem ersten „Sputnik“ eigentlich nie abgerissen ist, hat neue Formen angenommen.

Widersprüche

In dieser Debatte sind fast sämtliche Fakten unklar, und die zahllosen amtlichen Erklärungen verwirren die Öffentlichkeit ständig aufs neue. „Die Sowjetunion hat nicht mehr ferngelenkte Raketen geschosse als die Vereinigten Staaten.“ „Doch, die Sowjetunion hat heute zehn von ihnen und Amerika drei — und in einem Jahr wird die Relation 150 zu 50 sein.“ „Ja, aber wir haben ein besseres Warnungssystem, das uns vor Überraschungsangriffen schützt.“ „Nein, unser Warnungssystem, das auf den bemannten Bombenflugzeugen des ‚strategischen Luftkommandos‘ beruht, ist längst veraltet und unwirksam. Dafür ist aber unsere kriegsvorbereitende (‚deterrent‘) abschreckende Schlagkraft so groß, daß keine Besorgnis geboten ist.“ „Nein, diese ‚deterrent‘ Schlagkraft ist selber verletzbar — zumal die

sowjetischen Raketen tests im Pazifik die erstaunliche Präzision dieser sowjetischen Wunderwaffe gezeigt haben.“ „Aber vergeßt nicht: wir haben andere Waffen, außerhalb des Raketenfeldes, wie die neuen ‚superpersonischen‘ Bomber, die uns adäquate Sicherheit garantieren.“ „Falsch: die ‚superpersonischen‘ Bomber stehen nur auf dem Papier, Präsident Eisenhower hat die Kreditbegehren für sie gestrichen...“

So geht die Debatte weiter, tagaus, tagein. Ein neues Element wurde vom Verteidigungsminister Thomas Gates beigetragen, der nicht mehr be-

streitet, daß die sowjetische militärische Kapazität größer sei als die amerikanische, aber dafür erklärt, die amerikanische Rüstung genüge zur Abwehr der sowjetischen „Absichten“; er unterstellt demnach, daß die Sowjetunion, im Kriegsfall, nicht mit ihrer ganzen Stärke zuschlagen, sondern höflicherweise nur einen Teil ihrer Stärke gegen die USA einsetzen würde. Die Konfusion wird im übrigen dadurch noch größer, daß auch die Militärs untereinander nicht gleicher Ansicht sind.

Regierung soll klären

Zweifellos soll man nicht jedem General, der größere Militärkredite anfordert, blindlings glauben. Aber mehr und mehr patriotische und keinesfalls von Parteilichkeit mitgerissene Amerikaner beginnen nach der klaren Generalkonzeption zu rufen, die nur von der Regierung kommen kann.

Leipzig — weltoffen?

DT. Binsenwahrheiten erweisen sich manchmal als doppelbödig — denen zum Ärger, die sie zum besten geben. Das Ostberliner SED-Blatt „Neues Deutschland“ hat es in einem Leitartikel anlässlich der Leipziger Messe mit dem Satz „wenn einer eine Reise tut, dann kann er was erzählen“. Vom Standpunkt der Westberliner Tageszeitungen muß man in diesem Jahr ergänzen: ... und wenn er keine Reise tut — weil er es nicht darf —, dann kann er nichts erzählen. Pankow gibt sich heuer nämlich sehr exklusiv. Westliche Kaufleute, die man womöglich als politisch harmlos oder gar nützlich betrachtet, dürfen natürlich nach Leipzig fahren; desgleichen westliche „Exponate“, an denen „volkseigene“ Ingenieure das Geheimnis des „Weltniveaus“ ergründen sollen; sogar Vertreter westdeutscher Blätter läßt Pankow nach Leipzig. Was aber die Berliner Tageszeitungen angeht, so scheint den Machthabern der Zone ihretwegen einmal zu oft eine Laus

über die Leber gelaufen zu sein. Gerade die Vertreter der Westberliner Presse waren in der Nachkriegszeit immer wieder unbequeme Partner für den in Leipzig üblichen (einseitigen) „Meinungsaustausch“ über wirtschaftliche und politische Probleme. In diesem Jahr nun dürfen sie es nicht mehr sein, sollen sie auch nichts mehr zu „erzählen“ haben.

Jedenfalls wurde unserem Hause die Einreisegenehmigung für einen Messeberichterstattung verweigert. Da es „dialektisch“ denkt, wird Pankow vielleicht noch darauf kommen, daß uns das ehrt.

Proteststreik in Posen

Warschau (upi/ap). In Posen haben in der vergangenen Woche die Arbeiter aus Protest gegen die Einführung neuer Arbeitsnormen gestreikt. Der Streik fand in den Eisenbahnreparaturwerkstätten statt, die 5000 Menschen beschäftigen. Nachdem rund 30 Personen festgenommen worden waren, ist die Arbeit wiederaufgenommen worden.



BILDER DER WOCHE. Oben: Unser Wunschbild von der Zonengrenze bei Lübeck („Slut up“ = „Schließt auf“) in der Neujahrsausgabe soll zu einem Teil Wirklichkeit werden. Arbeitskolonnen jenseits des Schlagbaumes sind dabei, die zerstörte Reichsstraße 105 nach Wismar wieder in Ordnung zu bringen. Als Transitstraße soll sie hauptsächlich dem ostzonalen Skandinavien-Verkehr dienen. — Unten: Groß waren die Erfolge der gesamtdeutschen Olympia-Mannschaft in Squaw Valley. (Links im Bilde die „Goldene“ Heidi Biebl.)

